



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
ROM, 3. APRIL 2003
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der EZB-Rat hat heute zum siebenten Mal außerhalb Frankfurts getagt. Ich möchte daher sowohl dem Gouverneur der Banca d'Italia, Herrn Fazio, für die Einladung und die großzügige Gastfreundschaft danken als auch seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die hervorragende Organisation.

In unserer heutigen Sitzung, die unter den besonderen Umständen des Kriegs im Irak stattfand, haben wir die monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen umfassend analysiert. Dabei haben wir die möglichen wirtschaftlichen Folgen der militärischen Auseinandersetzung eingehend erörtert. Der EZB-Rat vertritt die Auffassung, dass eine genaue Beurteilung der Auswirkungen, die der Konflikt auf die Weltwirtschaft sowie auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Währungsgebiet und die Aussichten für die Preisstabilität auf mittlere Sicht haben wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Die Grundelemente unserer Einschätzung der Aussichten für die Preisstabilität vom 6. März haben im Wesentlichen nach wie vor Bestand, und wir haben daher beschlossen, die EZB-Leitzinsen unverändert zu belassen.

Wir haben darüber hinaus festgestellt, dass der Kriegsbeginn das Finanzsystem in seiner Funktion nicht beeinträchtigt hat. Wie wir in unserer Pressemitteilung vom 20. März bereits versichert haben, wird der EZB-Rat das Notwendige veranlassen, um das reibungslose Funktionieren der Finanzmärkte zu gewährleisten und das Euro-Währungsgebiet mit ausreichend Liquidität zu versorgen.

Lassen Sie mich unsere Einschätzung der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen näher erläutern.

Was die Analyse im Rahmen der ersten Säule unserer geldpolitischen Strategie betrifft, so erhöhte sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsrate von M3 im Zeitraum von Dezember 2002 bis Februar 2003 auf 7,4 %, gegenüber 7,0 % in der Zeit von November 2002 bis Januar 2003. Angesichts der anhaltend hohen Volatilität an den Finanzmärkten, die hauptsächlich mit der geopolitischen Unsicherheit zusammenhängt, wurde das M3-Wachstum weiterhin durch Portfolioumschichtungen aus risikoreicheren Anlagen gefördert. Allerdings dürfte auch das niedrige Niveau der Kurzfristzinsen im Eurogebiet zur Expansion der Geldmenge M3 beigetragen haben, wie der kräftige Zuwachs ihrer liquidesten Komponenten zeigt. Gleichzeitig waren beim Kreditwachstum nach der Abschwächung im gesamten Verlauf des vergangenen Jahres zu Beginn dieses Jahres Anzeichen einer Stabilisierung zu erkennen.

Was die Analyse im Rahmen der zweiten Säule betrifft, so deuten die jüngsten Daten und Umfragen weiter darauf hin, dass das reale BIP-Wachstum im Euroraum auch Anfang 2003 wieder schwach ausfiel. Vor allem die anhaltenden geopolitischen Spannungen wirkten sich weiter dämpfend auf Stimmung und Konjunktur aus und verstärkten damit die Faktoren, die die Aussichten für das Euro-Währungsgebiet bereits vor der Eskalation der Spannungen im Nahen Osten eingetrübt hatten. Infolgedessen ist nur mit einem geringen Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 zu rechnen. Allerdings lässt sich die Konjunktorentwicklung im weiteren Jahresverlauf angesichts der mit dem militärischen Konflikt verbundenen außerordentlichen Unsicherheit gegenwärtig besonders schwer prognostizieren. Wir bleiben bei unserer Grundannahme, dass in der zweiten Jahreshälfte 2003 mit nachlassender Unsicherheit eine verhaltene konjunkturelle Erholung einsetzen wird. Allerdings müssen wir die ökonomischen Folgen des Kriegs untersuchen, sobald sich ein klareres Bild ergibt. Derzeit sind eine Reihe von Szenarien mit äußerst unterschiedlichen Auswirkungen auf die Konjunktur denkbar. Es wäre jedoch verfrüht, diesen Szenarien, die vorwiegend illustrativer Art sind, bestimmte Wahrscheinlichkeiten zuzuordnen.

Mit Blick auf die Preisentwicklung blieb die jährliche Preissteigerungsrate gemessen am HVPI laut Schätzung von Eurostat im März 2003 mit 2,4 % unverändert gegenüber Februar. Der jüngste Rückgang der Ölpreise dürfte seinen Niederschlag in den Preisstatistiken nicht vor April finden.

Was die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität angeht, gilt es insbesondere, zwischen kurzfristiger Volatilität und eher fundamentalen Faktoren klar zu unterscheiden. Während die Ölpreise die Entwicklung der Inflationsraten in den kommenden Monaten sehr stark beeinflussen

können, dürften andere Faktoren über den kurzfristigen Horizont hinaus eine maßgeblichere Rolle spielen. Die erst mit zeitlicher Verzögerung zum Tragen kommenden Effekte der seit Mitte 2002 verzeichneten Aufwertung des Euro werden den Preisauftrieb nach wie vor ebenso bremsen wie das moderate Wirtschaftswachstum. Sollte sich der jüngste beträchtliche Rückgang der Ölpreise fortsetzen, dann werden die Inflationsraten im Verlauf dieses Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach auf unter 2 % sinken und sich danach auf einem mit Preisstabilität zu vereinbarenden Niveau bewegen; dies setzt offenbar voraus, dass weiterhin Lohnzurückhaltung geübt wird.

Alles in allem steht die gegenwärtige geldpolitische Ausrichtung im Einklang mit der Wahrung von Preisstabilität auf mittlere Sicht. Sie gewährleistet ein monetäres Umfeld, das sich – vor dem Hintergrund anderer Faktoren, die die Konjunktur negativ beeinflussen – günstig auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Außergewöhnliche Umstände erschweren die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir werden die Ereignisse daher weiterhin sorgfältig beobachten und sie unserem Auftrag gemäß beurteilen.

Im Bereich der Finanzpolitik bietet der Stabilitäts- und Wachstumspakt einen stabilen und gleichzeitig flexiblen Rahmen, der es ermöglicht, Belastungen der öffentlichen Finanzen zu begegnen, ohne dabei die Haushaltsdisziplin zu gefährden. Während die automatischen Stabilisatoren soweit möglich in Reaktion auf das sich verändernde wirtschaftliche Umfeld wirken sollten, gibt es keinen Anlass zu finanzpolitischem Aktionismus. Es ist weiterhin von großer Bedeutung, dass die in den Stabilitätsprogrammen eingegangenen Verpflichtungen sowie die Forderung nach einer weiteren Verbesserung der Haushaltslage - wie nachfolgend im ECOFIN-Rat vereinbart - vollständig erfüllt werden. Dies wird dazu beitragen, das Vertrauen in den finanzpolitischen Rahmen zu stärken und die Erwartungen hinsichtlich des zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds stabilisieren.

Angesichts der starken Unsicherheit ist es umso wichtiger, dass die Regierungen durch entschlossenes Handeln bei der Umsetzung von Strukturreformen an den Arbeits- und Gütermärkten sowie im Bereich der öffentlichen Finanzen zur Stärkung des Anleger- und Verbrauchervertrauens beitragen. Einerseits scheint zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit ein breiter Konsens darüber zu herrschen, dass solche Reformen wichtig sind, um letztendlich das Produktionspotenzial zu erhöhen, die Flexibilität der Wirtschaft zu verbessern und die Widerstandskraft des Euroraums gegenüber externen Schocks zu stärken. Andererseits ist das Reformtempo - trotz gewisser Fortschritte in einzelnen Ländern - effektiv gering geblieben und reicht bei weitem nicht aus, um die Ziele von Lissabon zu erreichen. Dies hat in den vergangenen Jahren zu einem Umsetzungsgefälle geführt. Die Anstrengungen zur Beseitigung struktureller Rigiditäten an den Märkten müssen verstärkt werden. Damit würde das

Vertrauen in die mittelfristige Produktionskapazität des Euroraums gefördert und der derzeit großen Unsicherheit bis zu einem gewissen Grad entgegengewirkt.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.